



Nr. 28

4. September 2026

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Beschäftigte am Limit

[Personalmangel im öffentlichen Dienst erreicht neuen Höchststand](#)

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2026

[Vertrauen in den Staat weiter im Sinkflug – Regierung muss handeln](#)

Reform der gesetzlichen Rentenversicherung

[Alterssicherung nachhaltig stärken und Vertrauen schaffen!](#)

Personal- und Betriebsrätekonferenz dbb berlin

[Hemsing: „Hört auf die Beschäftigten!“](#)

Parlamentarischer Abend des SBB

[Beamtenversorgung nachhaltig denken](#)

35 Jahre dbb sachsen-anhalt

[Ein funktionierender Staat fällt nicht vom Himmel](#)

Sommerfest des dbb Niedersachsen

[Schmitt: Beamtinnen und Beamte sind die Stärke des Staates](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

[Altersgrenze von Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug: Forderungen des Rechnungshofs nach Anhebung zurückgewiesen](#)

Niedersachsen

[Alimentationspläne reichen nicht aus – Land wird den bundesweiten Anschluss verlieren](#)

Saarland

[Landesregierung kündigt Besoldungsanpassungen an](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Nordrhein-Westfalen

[Berufsbeamtentum ideal für Schutz der Infrastruktur](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Mehr Anerkennung und bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliches gewerkschaftliches Engagement gefordert](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Schutz Kritischer Infrastruktur: Wer Sicherheit will, muss investieren](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[„Milchmädchenrechnung“: IW-Studie zur Teilzeit zurückgewiesen](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Lin-Klitzing: „Wer Lehrkräfte schlecht ausbildet, schadet der Demokratie“](#)

[Namen und Nachrichten](#)



Beschäftigte am Limit Personalmangel im öffentlichen Dienst erreicht neuen Höchststand

Im Interview mit der FAZ kritisiert dbb-Chef Volker Geyer, dass die Politik durch ständige Aufgabenvermehrung den Personalmangel im öffentlichen Dienst verschärft.

Eine dbb-Gewerkschaftsabfrage hat ergeben, dass dem Staat aktuell 631.000 Beschäftigte fehlen. Um einen weiteren Verfall der staatlichen Leistungsfähigkeit zu verhindern, müssen die öffentlichen Arbeitgeber jetzt handeln, forderte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 27. August 2026: „Wir brauchen eine umfassende Aufgabenkritik beim Staat, eine durchgreifende, Bevölkerung und Beschäftigte gleichermaßen entlastende Digitalisierung, eine aufgabengerechte Personalausstattung sowie wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.“

Allein der demografische Wandel reiße große Lücken in den Personalbestand. Geyer: „Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in den Ruhestand, jedes Jahr zwei Prozent der Belegschaft. Nicht alle Stellen wurden nachbesetzt. Wer sich außerdem etwa die geänderte Sicherheitslage ansieht, sollte sofort verstehen, warum wir mehr Polizisten brauchen. Die Überwachung neuer Waffenverbotszonen ist zum Beispiel sehr personalintensiv.“

Beispiele Personalbedarf:

Pflegeberufe: 125.200 Beschäftigte
Schulen: 120.000 Beschäftigte
Kommunalverwaltungen: 112.000 Beschäftigte
Kitas: 97.000 Beschäftigte

Gegenüber den Plänen des sachsen-anhaltischen AfD-Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund, nach einer Regierungsübernahme 150 bis 200 Stellen in der Landesverwaltung neu zu besetzen, zeigte der dbb-Chef im Interview klare Kante: „Ich habe mich über das Vorhaben von Herrn Siegmund gewundert. Es gibt in Sachsen-Anhalt nur wenige Politische Beamte.“ Es sei rätselhaft, wie Herr Siegmund auf diese Zahl komme. „Sollte er jedoch versuchen, Beamte rechtswidrig aus dem Landesdienst zu drängen, werden wir uns wehren.“

Der dbb sehe bei der Lösung des Personalproblems großes Potenzial in der Digitalisierung: „Wir sind mit Bundesdigitalminister Karsten Wildberger im konstruktiven Austausch, wie die Verwaltung mit durch Digitalisierung und KI effizienter werden kann. Das läuft gut.“

Geyer gab jedoch zu bedenken, dass KI den Personalmangel zwar mindern könne, aber kein Allheilmittel sei: „Gerade in der Finanzverwaltung, in der 50.000 Beschäftigte fehlen, rechnen sich zusätzliche Stellen. Wenn es mehr Steuerfahnder gibt, kommt das der Staatskasse zugute. Die Tätigkeit von Steuerfahndern kann KI vereinfachen, aber nicht ersetzen.“

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2026 Vertrauen in den Staat weiter im Sinkflug – Regierung muss handeln

Nur noch 17 Prozent der Bürgerinnen und Bürger trauen dem Staat zu, seine Aufgaben erfüllen könnte. Die Beschäftigten genießen trotzdem weiter ein hohes Ansehen.

Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer zu den Ergebnissen der aktuellen dbb Bürgerbefragung am 30. Juli 2026 in Berlin: „Die Ergebnisse unserer Befragung sind eine Katastrophe und ein Weckruf für die Regierung. Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates ist auf einen neuen Tiefststand gefallen. Die Politik muss handeln, um diesen Sinkflug zu stoppen.“

Für diesen Vertrauensverlust machen die Befragten nicht die Beschäftigten im öffentlichen

Dienst verantwortlich, sondern die Politikerinnen und Politiker. Geyer: „Die Bundesregierung ist am Zug. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland erwarten Reformen, die sich positiv auf ihr Leben auswirken, die Wirtschaftswachstum schaffen, die Sozialsysteme stärken und dafür sorgen, dass der Staat wieder besser funktioniert.“

Für die Bürgerinnen und Bürger haben die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, das Wirtschaftswachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die

Verbesserung der Infrastruktur dabei höchste Priorität. Gerade in diesen Bereichen bewerten die Befragten die Fortschritte in letzter Zeit als besonders unzureichend. Beim Thema Migration und innere Sicherheit hat sich die Lage im vergangenen Jahr entspannt. „Vielleicht liegt hierin auch eine Botschaft an die Politik. Durch konsequentes Handeln kann der Negativtrend in den Umfragen tatsächlich gestoppt werden“, so der dbb-Chef.

Zum ersten Mal seit Beginn der Befragung gibt mehr als die Hälfte der Deutschen an, dass sich die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes verschlechtert hat (51 Prozent). Für den dbb-Chef liegt das vor allem an der steigenden Aufgabenlast, fehlendem Personal und veralteter Ausstattung. „Wir warnen seit Jahren davor, dass die Schere zwischen Anforderung und Kapazitäten immer weiter auseinandergeht. Trotzdem lädt die Politik den Beschäftigten immer mehr Aufgaben auf. Wir brauchen jetzt eine konsequente Aufgabenkritik des Staates. Die Politik muss mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, welche Leistungen der Staat überhaupt noch erbringen kann und soll und welche eben nicht mehr.“

Verbesserungen versprechen sich die Bürgerinnen und Bürger vor allem durch eine Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften (86 Prozent), eine deutliche Verkürzung der Bearbeitungszeiten (78 Prozent) und durch mehr digitale Behördenleistungen (72 Prozent). „Hier ziehen Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger an einem Strang: Alle wollen mehr Digitalisierung und weniger ausufernde Bürokratie“, unterstrich Geyer.

Die generelle Unzufriedenheit mit der „Performance“ des Staates legen die Bürgerinnen und Bürger allerdings weiterhin nicht den Beschäftigten zur Last. „Aus unserer Sicht ist das einer der wenigen Hoffnungsschimmer der Umfrage. Die Berufsbilder der Beschäftigten im öffentlichen Dienst liegen weiterhin auf den Top-Plätzen im Beruferanking“, hob Geyer hervor. „Auch das Beamtenimage bleibt nach wie vor eher von positiven Zuschreibungen wie verantwortungsbewusst, pflichtbewusst und zuverlässig geprägt.“

Zur [dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2026](#) (PDF)

Reform der gesetzlichen Rentenversicherung **Alterssicherung nachhaltig stärken und Vertrauen schaffen!**

Volker Geyer weist die Forderung des Bundestagsabgeordneten von Bündnis90/Die Grünen Armin Grau nach Einbeziehungen der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rente zurück.

„Ich habe den Eindruck, dass der allgemeine Fachkräftemangel inzwischen voll auf die Politik durchschlägt“, so der dbb-Bundesvorsitzende am 25. August 2026 in Berlin. „Egal wie viele Experten immer wieder darauf hinweisen, dass eine Einbeziehung der Beamten in die Rentenversicherung deren Probleme nicht löst und nur enorme zusätzliche Kosten verursacht, dieser populistische Vorschlag ist nicht totzukriegen, wie die jüngsten Äußerungen des Grünen Rentenpolitikers zeigen.“

Zuletzt hatte das auch die Alterssicherungskommission der Bundesregierung erneut klar gestellt. Gleichwohl hatte Grau in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung nach einer Einbeziehung des Beamten gefragt. „Die Faktenlage ist eindeutig: Lohnnebenkosten, Arbeitgeberbeiträge, Aufwendungen, für die im öffentlichen Dienst übliche Zusatzversorgung und die Zahl der Leistungsberechtigten in der Rentenversicherung würden steigen. Nichts würde besser werden, aber alles teurer. Ich

fordere alle Beteiligten auf, sich bei der dringend nötigen Reform der sozialen Sicherungssysteme auf die Lösung der tatsächlichen Probleme zu konzentrieren, statt ideologischen Wunschvorstellungen hinterherzulaufen.“

Der dbb-Tarifchef Andreas Hemsing stellt sich außerdem gegen die Pläne der Bundesregierung, die Frühverrentung zu stoppen. „45 Arbeitsjahre sind eine unglaublich lange und in aller Regel unglaublich anstrengende Zeit. Wer, wie Bundeskanzler Merz, in diesem Zusammenhang davon spricht, die Frühverrentung in Deutschland stoppen zu wollen, hat den Kontakt zum echten Arbeitsleben verloren“, konstatierte dbb-Tarifchef Andreas Hemsing am 27. August 2026. Für den dbb machte er deutlich, dass „wir alle Hebel in Bewegung setzen werden, diese realitätsferne Sicht auf die konkreten Arbeitsverhältnisse insbesondere auch in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes zu stoppen. Denn wer 45 Jahre in die

Rentenkasse eingezahlt hat, muss abschlagsfrei in Rente gehen können, unabhängig von einer Diskussion über eine Erhöhung des Renteneintrittsalters.“

Hemsing kritisierte weiter, dass sich das Kabinett hinter dem Diktum, die Rentenreform sei ein „Gesamtkunstwerk“ verschanze, um Diskussionen in der Sache aus dem Weg zu gehen. „Aber genau diese Diskussionen brauchen wir, wenn wir gute Lösungen finden wollen. Die Abschaffung der abschlagsfreien Rente für besonders langjährig Versicherte ist schließlich nicht der einzige Punkt, bei dem das Reformpaket hinsichtlich der Belastungen Schiefelage aufweist.“ Das gelte für den dbb umso mehr, da aus der Rentenkasse riesige Summen für sachfremde Leistungen ausgege-

ben werden. Auch bei einigen anderen Vorschlägen, wie zum Beispiel einer pauschalen Anhebung der Regelaltersgrenze sowie der Finanzierung des Rentensystems sehe der dbb dringenden Diskussionsbedarf.

„Die Reform muss überzeugen, sie darf nicht einfach durchgezogen werden“, machte Hemsing deutlich und stellt für den dbb klar, dass die Reform dafür sorgen muss, dass die Beschäftigten ihren Lebensstandard halten können und mögliche Belastungen gerecht verteilt werden. „Das ist beim derzeitigen 'Gesamtkunstwerk' ganz sicher noch nicht der Fall. Wir sind gesprächsbereit und wir erwarten in aller Deutlichkeit, dass sich die Bundesregierung nicht hinter einer Kommissionsempfehlung verschanzt, sondern Politik mit und für die betroffenen Menschen macht.“

Personal- und Betriebsrätekonferenz dbb berlin Hemsing: „Hört auf die Beschäftigten!“

Die Politik muss die Expertise der Beschäftigten einbeziehen, damit Reformen nicht an der Realität vorbeigehen. Der Handlungsbedarf ist enorm.

„Ein demokratischer Staat lebt vom Vertrauen der Menschen“, sagte Andreas Hemsing, dbb-Vize und Fachvorstand Tarifpolitik, auf der Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin am 31. August 2026. „Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass der öffentliche Dienst seine Aufgaben erfüllt und dort funktioniert, wo sie ihm im Alltag begegnen.“

Das Vertrauen dazu hat leider einen Tiefpunkt erreicht: Nur noch 17 Prozent der Bevölkerung glauben, dass der Staat seinen Aufgaben gewachsen ist. Das geht aus der aktuellen Bürgerbefragung des dbb hervor. Hinzu kommt: Zum ersten Mal – seit Beginn der Erhebungen – meint mehr als die Hälfte, dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes nachgelassen hat.

„Die Politik darf keine Zeit mehr verlieren und muss die Probleme mit aller Entschlossenheit anpacken“, forderte Hemsing. „Die Menschen nehmen wahr, was die Kolleginnen und Kollegen täglich erleben. Wir brauchen weniger und

einfachere Vorschriften statt ausufernder Bürokratie. Schnelle Bearbeitung von Anliegen statt langer Wartezeiten. Bessere Rahmenbedingungen und mehr Personal, verbunden mit einer umfassenden Aufgabenkritik, statt pauschalem Stellenabbau.“

Der Zweite Vorsitzende des dbb kritisierte, dass die Bundesregierung aktuell Vertrauen verspielt und nannte als ein Beispiel die Gesundheitsreform: „Versicherungsfremde Leistungen, darunter die Krankenkassenbeiträge für die Grundsicherung, gehören aus Steuermitteln vollumfänglich finanziert. Die aktuelle Reform ist unfair, schwächt das Gerechtigkeitsempfinden und damit das Vertrauen in die Politik.“

Egal, ob Staatmodernisierung, Digitalisierung oder Bürokratieabbau: „Politische Entscheidungen und die Realität in den Behörden, Schulen, Verwaltungen und Sicherheitsbehörden dürfen nicht nebeneinander herlaufen“, resümierte Hemsing. „Die Personal- und Betriebsräte wissen, wo der Schuh drückt. Hört auf die Beschäftigten!“

Parlamentarischer Abend des SBB Beamtenversorgung nachhaltig denken

Auf der Veranstaltung in Dresden hat sich der dbb-Fachvorstand für Beamtenpolitik Heini Schmitt mit Vertretern aus der sächsischen Landespolitik ausgetauscht.

Aus dem sächsischen Innenministerium war unter anderem Staatsminister Armin Schuster anwesend. Schmitt betonte: „Beamtenversorgung muss nachhaltig gestaltet werden. Die Politik muss bei all den Diskussionen über Altersversorgung im Blick behalten, dass diese nicht nur für die Dauer des aktuellen Haushalts oder der aktuellen Legislaturperiode angelegt werden kann. Das muss weit darüber hinaus gehen.“

In Ihrer Eröffnungsrede plädierte Nannette Seidler, Landesvorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, dafür, mehr für

die Generationengerechtigkeit zu tun. Der dbb-Vize stimmte ihr zu: „Wir müssen bei diesen Themen alle Altersgruppen mit ins Boot holen. Niemand darf aus dem Blick geraten.“

Darüber hinaus konnte sich Heini Schmitt mit Landtagsvizepräsidentin Ines Saborowski, mit dem Minister für Umwelt und Landwirtschaft, Georg-Ludwig von Breitenbuch, sowie mit zahlreichen weiteren Gästen aus Politik und Verbänden austauschen.

35 Jahre dbb sachsen-anhalt Ein funktionierender Staat fällt nicht vom Himmel

Die Politik muss den öffentlichen Dienst stärken, statt auf den Beschäftigten rumzuhacken. Schließlich halten sie das Land am Laufen.

„Ein funktionierender Staat braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen“, betonte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer bei der 35-Jahr-Feier des dbb sachsen-anhalt am 26. August 2026 in Magdeburg. „Er lebt von den Kolleginnen und Kollegen in Kitas, Schulen, Kommunen, Verwaltungen, Polizei und Zoll. Kurz: überall dort, wo öffentliche Aufgaben erfüllt werden.“ Der öffentliche Dienst sei Deutschlands Stärke. Und diese Stärke verdiene Anerkennung. „Denn ein funktionierender Staat fällt nicht vom Himmel – da steckt harte Arbeit dahinter.“

Mit Blick auf die anstehende Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erklärte Geyer: „Ich habe mich schon sehr gewundert, dass der Spitzenkandidat der AfD in einem Interview angekündigt hat, 150 bis 200 Beamte im Falle eines Regierungswechsels auszutauschen. Nur politische Beamte können in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Das sind in Sachsen-Anhalt genau 19. Nicht 150 oder 200. Alles andere wäre ein Verstoß gegen Recht und Gesetz.“ Geyer erwarte von jeder Regierung unabhängig von welcher Partei sie geführt wird, dass sie sich an Recht und Gesetz hält.

Geyer weiter: „Wer dieses Fundament verlässt, wird unseren entschiedenen Widerstand erleben. Unser Grundgesetz ist Ausdruck einer gelungenen Ordnung und ein klarer rechtsstaatlicher Gegenentwurf zu Gewaltherrschaft und Diktatur.“ Die Fundamente des Staatswesens lassen sich nicht beliebig austauschen.

„Dazu gehört auch das Berufsbeamtentum“, hob der dbb-Chef hervor. „Es sichert Kontinuität, Verlässlichkeit und schafft Vertrauen. Es bindet staatliches Handeln an Recht und Gesetz. Das Berufsbeamtentum gewährleistet, dass staatliches Handeln unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet bleibt.“ Diese sei nicht verhandelbar. Schließlich sei sie die Grundlage für das Zusammenleben und der Kompass für das gewerkschaftliche Handeln.

Umso unverständlicher sind für Geyer die aktuellen Angriffe auf das Berufsbeamtentum und die immer wiederkehrenden Diskussionen über vermeintliche Privilegien: „Ausgerechnet jetzt geraten diejenigen in die Kritik, die jeden Tag Verantwortung übernehmen und für das Gemeinwohl arbeiten. Was soll das?“

Geyer gab zu bedenken, dass ein handlungsfähiger Staat alles andere als selbstverständlich sei. Mittlerweile glaubt nur noch jeder Fünfte, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Das hatte die aktuelle dbb Bürgerbefragung ergeben. „Jahr für Jahr verzeichnen wir neue Negativrekorde. So kann die Politik nicht weitermachen“, stellte der dbb-Chef klar.

Der Grund für die Handlungsunfähigkeit sehen die Bürgerinnen und Bürger allerdings nicht die

Beschäftigten. „Die Bürgerinnen und Bürger wissen sehr wohl, was sich ändern muss“, so Geyer. „Sie fordern weniger und einfachere Vorschriften, kürzere Bearbeitungszeiten und mehr digitale Behördenleistungen. Sie erwarten zu Recht, dass der Staat funktioniert. Bürokratie muss dort abgebaut werden, wo sie die Arbeit erschwert und die Digitalisierung muss endlich dort ankommen, wo sie den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Beschäftigten wirklich hilft.“

Sommerfest des dbb Niedersachsen

Schmitt: Beamtinnen und Beamte sind die Stärke des Staates

Die politische Debatte über das Berufsbeamtentum geht oft in die falsche Richtung – aus dem Blick gerät, was wirklich wichtig ist.

„Wer das Berufsbeamtentum stärkt, stärkt die freiheitlich-demokratische Grundordnung“, sagte Heini Schmitt, Fachvorstand Beamtenpolitik und stellvertretender Vorsitzender des dbb, auf dem Sommerfest des dbb Niedersachsen am 27. August 2026 in Hannover. Dies sei mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen von großer Bedeutung. „Beamtinnen und Beamte schwören einen Eid auf die Verfassung. Sie sind es, die Entscheidungen der Politik umsetzen. Vor diesem Hintergrund ist es vollkommen unverständlich, dass das Berufsbeamtentum in der politischen Debatte immer wieder als Problem dargestellt wird. Das Gegenteil ist der Fall: Es bildet als Fundament des Staates die zentrale Stärke, auf die wir bauen sollten!“

Beamtinnen und Beamte halten den Staat am Laufen, unterstrich Schmitt – in den Schulen, beim Zoll, vor Ort in den Kommunen und bei

der Polizei. „Wir müssen viel mehr darüber sprechen, wie wir die Kolleginnen und Kollegen in die Lage versetzen, dass sie ihren Dienst bestmöglich im Sinne der Allgemeinheit erledigen können. Dabei sind Arbeitsbedingungen, Digitalisierung und der Personalmangel zentrale Themen. Bundesweit fehlen mehr als 630.000 Beschäftigte.“

Im Gespräch mit Daniela Behrens, Innenministerin Niedersachsens, machte Schmitt deutlich: „Es ist nicht hinnehmbar, dass es schon an der Bezahlung hapert und Gerichte die Politik ermahnen müssen, die amtsangemessene Alimentation umzusetzen. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass Tarifabschlüsse zeitgleich und systemkonform auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden und darüber hinaus eine insgesamt verfassungskonforme Alimentation sichergestellt ist.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

Altersgrenze von Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug: Forderungen des Rechnungshofs nach Anhebung zurückgewiesen

Das Hamburger Abendblatt hat am 1. September 2026 berichtet, dass der Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg fordert, die besondere Altersgrenze bei Polizei, Feuerwehr und Justizvollzug anzuheben, um den Personalhaushalt der Freien und Hansestadt Hamburg noch stärker zu konsolidieren, als es der Senat bislang sowieso schon plant.

Der dbb hamburg lehnt dieses zusätzliche Sonderopfer dieser Berufsgruppen des ham-

burgischen öffentlichen Dienstes mit Nachdruck ab. Dazu Thomas Treff (Vorsitzender

des dbb hamburg beamtenbund und tarifunion): „Wenn sich der Rechnungshof schon in seiner Begründung auf die anderen Bundesländer bezieht, dann sollte er es konsequenterweise auch bei der Besoldung und Versorgung tun. Denn hier fällt der öffentliche Dienst in Hamburg immer weiter im Ranking zurück und auch der Rechnungshof sollte ein Interesse an der Funktionsfähigkeit des hamburgischen öffentlichen Dienstes haben. Gerade jetzt diesen Kolleginnen und Kollegen im Vollzugsdienst nach der zu befürchtenden Arbeitszeiterhöhung ein weiteres Sonderopfer zuzumuten, sieht der dbb hamburg sehr kritisch.“

Die besondere Altersgrenze in den Vollzugsbereichen sei eine angemessene Ausgleichs-

maßnahme dafür, dass in den Vollzugsdiensten häufig über Jahrzehnte lang ein anstrengender Schichtdienst, nicht selten unter Einsatz der eigenen körperlichen Unversehrtheit geleistet wird. Treff: „Das sind, bei allem Respekt, andere Arbeitsbedingungen als im Rechnungshof. Deshalb ist diese besondere Altersgrenze auch gerechtfertigt, insbesondere in Hamburg, wo die Vollzugskräfte besonderen Belastungen und Gefährdungen im Dienst ausgesetzt sind. Wer im Vollzugsdienst zusätzlich sparen will, spielt mit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Hamburg. Schon die jetzt vom Senat geplanten Einsparungen sind den Kolleginnen und Kollegen im Vollzugsbereich nicht mehr vermittelbar“, so Thomas Treff abschließend.“

Niedersachsen

Alimentationspläne reichen nicht aus – Land wird den bundesweiten Anschluss verlieren

Der dbb niedersachsen übt deutliche Kritik an den am 1. September 2026 von Finanzminister Gerald Heere vorgestellten Plänen zur zukünftigen Alimentation der niedersächsischen Beamtinnen und Beamten.

Sollten die bislang bekannten Eckpunkte – die Einbeziehung des Familienzuschlags der Stufe 1 in die Grundgehaltstabellen, die Anhebung der Sonderzahlung auf 1.200 Euro für die Besoldungsgruppen ab A 9 sowie eine zusätzliche Erhöhung der Grundgehälter um lediglich 0,5 Prozent – unverändert umgesetzt werden, reichen diese Maßnahmen aus Sicht des dbb bei Weitem nicht aus, um die bestehenden strukturellen Probleme der niedersächsischen Besoldung zu lösen.

„Wer glaubt, mit 0,5 Prozent mehr Grundgehalt, einer einseitigen Umverteilung beim Familienzuschlag und einer höheren Sonderzahlung für einen Teil der Beamtenschaft das niedersächsische Alimentationsproblem lösen zu können, verkennet die Dimension des Problems“, erklärt der 1. Landesvorsitzende des dbb niedersachsen, Alexander Zimbehl. „Wir brauchen keine kosmetischen Korrekturen, sondern eine strukturelle und dauerhaft tragfähige Lösung.“

Aus Sicht des dbb zeigt sich die Schwäche des vorgesehenen Modells bereits bei der Betrachtung seiner drei Säulen. Die Einbeziehung des Familienzuschlags der Stufe 1 in die Grundgehaltstabellen führt im Wesentlichen nur für diejenigen Beamtinnen und Beamten zu einer tat-

sächlichen finanziellen Verbesserung, die diesen Zuschlag bislang nicht erhalten. Für die bisherigen Empfänger wird dagegen vorhandenes Besoldungsvolumen im Wesentlichen lediglich verlagert.

Auch die Erhöhung der jährlichen Sonderzahlung auf 1.200 Euro löst das Problem nicht. Von ihr profitieren lediglich die Besoldungsgruppen ab A 9, während die darunterliegenden Besoldungsgruppen keine zusätzliche Verbesserung erfahren. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bleiben bei dieser Maßnahme zudem vollständig außen vor.

Besonders kritisch bewertet der dbb niedersachsen deshalb die geplante zusätzliche Anhebung der Grundgehälter um lediglich 0,5 Prozent. „Unsere Berechnungen zeigen, dass selbst nach Umsetzung der bislang bekannten Maßnahmen sieben von zwölf A-Besoldungsgruppen die von uns errechnete Mindestbesoldung unterschreiten. Vor diesem Hintergrund ist eine zusätzliche Tabellensteigerung von 0,5 Prozent nicht im Ansatz geeignet, das Problem zu lösen“, so Zimbehl.

„Das Finanzministerium und die Landesregierung haben offenbar die Tragweite der höchst richterlichen Entscheidungen noch immer nicht

verstanden. Mit den jetzt vorgesehenen Maßnahmen setzt das Land Niedersachsen seinen verfassungsrechtlich höchst problematischen Kurs weiter fort und lässt nicht erkennen, dass die Dimension des Problems tatsächlich erfasst wurde“, so Zimbehl weiter. „Die vorgesehenen Maßnahmen werden den Anforderungen aus der Leitentscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht einmal ansatzweise gerecht. Wir hätten von der Landesregierung Antworten erwartet, die der Dimension dieser Entscheidung endlich Rechnung tragen.“

Besonders problematisch ist aus Sicht des dbb niedersachsen der Blick über die Landesgrenzen. Andere Bundesländer haben auf die veränderten verfassungsrechtlichen Anforderungen bereits mit erheblichen strukturellen Anpassungen reagiert oder entsprechende Schritte angekündigt.

Schleswig-Holstein sieht neben deutlichen linearen Erhöhungen auch erhebliche Verbesserungen bei den Familienbestandteilen vor. In Brandenburg sind zur strukturellen Anpassung der Besoldung rückwirkend zum 1. Januar 2026 – abhängig von der jeweiligen Besoldungsgruppe – Erhöhungen im deutlich zweistelligen Bereich vorgesehen. Dort wurde ausdrücklich berücksichtigt, dass frühere Sockel-, Mindest- und Festbeträge zu unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb des Besoldungsgefüges geführt haben.

Vor diesem Hintergrund warnt der dbb niedersachsen nicht nur vor verfassungsrechtlichen Risiken, sondern auch vor erheblichen Folgen für die Konkurrenzfähigkeit des Landes als Arbeitgeber.

„Während andere Bundesländer ihre Besoldungs- und Versorgungsstrukturen mit erheblichen und teilweise zweistelligen Anpassungen auf die neue verfassungsrechtliche Lage ausrichten, wird Niedersachsen mit den bislang bekannten Plänen den bundesweiten Anschluss verlieren“, warnt Zimbehl. „Wir konkurrieren längst bundesweit um gut ausgebildete Fachkräfte. Wenn Beschäftigte und Nachwuchskräfte feststellen, dass ihre Arbeit wenige Kilometer hinter der Landesgrenze erheblich besser honoriert wird, wird Niedersachsen diesen Wettbewerb nicht gewinnen können.“

Die Entwicklung der niedersächsischen Besoldung wird nach Einschätzung von Zimbehl den Personal- und Fachkräftemangel weiter verschärfen – mit unmittelbaren Folgen für die öffentliche Daseinsvorsorge. „Jedem muss klar sein, dass die Landesregierung mit diesem Kurs die ohnehin angespannte Personalsituation in Schulen, Polizei, Finanzverwaltung und allgemeiner Verwaltung sehenden Auges weiter verschärft“, so Zimbehl. „Wer gleichzeitig glaubt, dass sich unter diesen Bedingungen ausreichend junge Menschen für einen Berufsweg im öffentlichen Dienst Niedersachsens entscheiden werden, wird sich sehr bald mit der Realität auseinandersetzen müssen.“

Saarland

Landesregierung kündigt Besoldungsanpassungen an.

Mit dem Gesetzentwurf möchte die Landesregierung den Vorgaben aus Karlsruhe nachkommen und die Beamtinnen und Beamten im Saarland verfassungskonform besolden.

Hierzu wird die Alimentation ab den Jahren 2023 bis 2027 strukturell im Schnitt um über vier Prozent angehoben. Die Nachzahlungen sollen bereits teilweise Ende 2026 erfolgen.

Hierzu führt der Landesvorsitzende des dbb saar, Sascha Alles, aus: „Der dbb und vor allem unsere Kolleginnen und Kollegen sind grundsätzlich sehr froh und begrüßen es, dass die Landesregierung mit dem Besoldungsgesetzentwurf nun endlich die angekündigten Maßnahmen zur Herstellung einer verfassungskonformen Alimentation angeht.“

Der erste Eindruck sei positiv, „denn alle Beamtinnen und Beamte sowie die Versorgungsempfänger sind berücksichtigt worden“, so Alles. „Die Besoldungstabellen werden strukturell gestärkt und nicht wie in vergangenen Jahren nur durch kosmetische Eingriffe in Randbereichen verbessert. Das ist ein starkes Signal und damit besteht die Möglichkeit, dass das Besoldungsschlusslicht Saarland sich absehbar im Besoldungsranking der Länder verbessert. Dabei ist es uns wichtig zu betonen, dass damit eine Richtigstellung der Besoldung für diese Jahre stattfindet und dies kein Extra für Beamte darstellt.“

Ein Wermutstropfen sei aber das sogenannte fiktive Partnereinkommen, das künftig den Kolleginnen und Kollegen unterstellt wird (egal ob es einen Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in gibt oder nicht). „Damit wird ein Paradigmenwechsel im Besoldungsrecht vollzogen, der aus unserer Sicht höchst fragwürdig ist und nicht als verfassungskonform gesehen wird. Hier werden wir uns die Regelungen im Saarland genau anschauen und uns eine juristische Prüfung offenhalten“, sagte Alles.

„Zufrieden sind wir am Ende aber auch, dass man unsere Forderungen für die geplante Umsetzung ernst genommen hat und daher auch schon im laufenden Haushaltsjahr eine Abschlagszahlung plant. Denn es wird erfahrungsgemäß noch einige Monate dauern, bis das entsprechende Gesetz umgesetzt ist und auch die internen organisatorischen Maßnahmen. Das Warten hat nun ein absehbares Ende, wenngleich die ausstehenden Rechtsentscheidungen für die Jahre davor noch beim BVerfG anhängig sind.“

Nordrhein-Westfalen

Berufsbeamtentum ideal für Schutz der Infrastruktur

Angesichts aktueller Entwicklungen und der zunehmenden Häufung hybrider Angriffe auf versorgungsrelevante Infrastruktur wie Kraftwerke und Verkehrsanlagen, erneuert der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion seine Forderungen nach der Ausweitung des Berufsbeamtentums, insbesondere zur Sicherung und Aufrechterhaltung empfindlicher Infrastrukturen, wie Mobilität und Logistik, Energie- und Wasserversorgung, Kommunikationseinrichtungen und der Gesundheitsversorgung, einschließlich Arzneimittelversorgung.

Hierzu der 1. Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude am 3. September 2026: „Die Angriffe der letzten Tage auf kritische Infrastrukturen haben gezeigt, dass die Gefahr durch Sabotageakte und andere Bedrohungslagen konkret ist. Für die Sicherung und Aufrechterhaltung neuralgischer Infrastruktur bietet das Berufsbeamtentum die ideale Garantie, da es pflicht- und verantwortungsbewusst auf dem Boden des Grundgesetzes und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.“

Der DBB NRW sieht die Politik in der Pflicht, nun endlich ein Gesamtkonzept zur 24/7-Gewährleistung öffentlicher Daseinsvorsorge zu erarbeiten, stets weiterzuentwickeln und an die unbeständigen inneren und äußeren Problemlagen anzupassen. Ohne Zweifel gehört der öffentliche Dienst und das Berufsbeamtentum zu diesem Gesamtkonzept.

Mecklenburg-Vorpommern

Mehr Anerkennung und bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliches gewerkschaftliches Engagement gefordert

Der am 1. September 2026 erstmals gestartete „Tag der Verbände“ in Schwerin ist aus Sicht des dbb mecklenburg-vorpommern ein wichtiges Signal für die Bedeutung von Verbänden und ehrenamtlichem Engagement in unserer Gesellschaft.

Im Mittelpunkt stehen aktuelle Herausforderungen der Vereins- und Verbandsarbeit – von Fördermöglichkeiten über Mitgliedergewinnung und rechtliche Fragen bis hin zu Digitalisierung und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Ergänzt wurde das Programm durch praktische Impulse, Austausch und Networking. Ein politischer Talk mit Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl rundet die Veranstaltung ab. Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des dbb mecklenburg vorpommern, betonte: „Wenn wir

über Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sprechen, dürfen wir das gewerkschaftliche Ehrenamt nicht länger am Rand stehen lassen.“

Tausende Menschen engagierten sich auch in Mecklenburg Vorpommern freiwillig in Gewerkschaften – für Kolleginnen und Kollegen, für gute Arbeitsbedingungen und für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst sowie bei Bahn und Post, so Knecht.

„Dieses Engagement ist gelebte Demokratie. Wer sich nach Feierabend für die Interessen anderer einsetzt, übernimmt Verantwortung für unsere Gesellschaft. Trotzdem findet das gewerkschaftliche Ehrenamt in der öffentlichen Wahrnehmung noch immer zu wenig Beachtung.“

Um für eine stärkere Sensibilisierung zu werben, suchte Knecht am Rande der Veranstaltung auch das Gespräch mit Sozialministerin Stefanie Drese gesucht. Dabei sei klar: „Es ist nicht alles schlecht.“ Die Politik habe in den vergangenen Jahren durchaus Schritte zur Stärkung des Ehrenamtes unternommen. So sei die steuerfreie Ehrenamtspauschale, die auch für gewerkschaftliche Ehrenämter gilt, zum 1. Januar 2026 von 840 auf 960 Euro jährlich angehoben worden.

Knecht: „Das ist ein richtiges und wichtiges Signal. Gerade deshalb sollten wir jetzt den nächsten Schritt gehen und uns anschauen, wie wir auch das gewerkschaftliche Ehrenamt attraktiver machen und seine gesellschaftliche Bedeutung stärker anerkennen können.“

Der dbb m v fordert, bei der Weiterentwicklung der Ehrenamtsförderung nicht zwischen verschiedenen Formen des Engagements zu unterscheiden. Ehrenamt sei Ehrenamt – ob im Sportverein, bei der Feuerwehr, in sozialen Verbänden oder in Gewerkschaften. Alle leisteten einen Beitrag zur demokratischen Gesellschaft. Dazu gehörten neben finanziellen und steuerlichen Anreizen vor allem verlässliche Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, Ehrenamt mit Beruf und Familie zu vereinbaren.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Schutz Kritischer Infrastruktur: Wer Sicherheit will, muss investieren

Nach den mutmaßlichen Sabotageakten auf Umspannwerke in Jänschwalde und Bergheim fordert die DPoIG konsequente Investitionen in den Schutz Kritischer Infrastruktur. Betreiber, Bund und Länder müssen vorhandene Sicherheits- und Sensortechnik endlich flächendeckend einsetzen und die Vorgaben des KRITIS-Dachgesetzes konsequent umsetzen.

Der Bundesvorsitzende der DPoIG und dbb-Vize, Heiko Teggatz, erklärt: „Wer Sicherheit will, muss in Sicherheit investieren. Die notwendige Technik ist längst vorhanden. Moderne Sensorik entlang von Hochspannungsleitungen, digitale Überwachungssysteme, intelligente Detektionslösungen und weitere Schutztechnologien werden international bereits erfolgreich eingesetzt. Es fehlt nicht an technischen Möglichkeiten, sondern an konsequenten Investitionen.“

Die DPoIG betont außerdem, dass die finanzielle und operative Verantwortung nicht allein bei den Sicherheitsbehörden liegen darf. Bund, Länder und Betreiber Kritischer Infrastrukturen

müssen gemeinsam investieren und gemeinsam für Sicherheit sorgen. „Die Energieversorgung, Verkehrsnetze und Kommunikationsstrukturen sind die Eckpfeiler unseres Landes. Ihr Schutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss entsprechend finanziert werden.“

Der Schutz Kritischer Infrastrukturen ist darüber hinaus nicht originär Aufgabe der Polizei, sondern zunächst Aufgabe der Betreiber selbst. Die Polizei greift dort ein, wo die Betreiber den Schutz ihrer Einrichtungen nicht mehr eigenständig gewährleisten können. Wer die Verantwortung für die Sicherheit seiner Anlagen trägt, muss auch in deren Schutz investieren“, so Teggatz.



Verband Bildung und Erziehung (VBE)

„Milchmädchenrechnung“: IW-Studie zur Teilzeit zurückgewiesen

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt in einer am 1. September 2026 veröffentlichten Studie, dass sich der Personalmangel im öffentlichen Dienst „rein rechnerisch zu einem erheblichen Teil durch eine Ausweitung der Tätigkeit in Richtung Vollzeit decken“ ließe. Dies gelte auch für den Bildungsbereich. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) widerspricht dieser Milchmädchenrechnung entschieden.

Der Bundesvorsitzende Tomi Neckov sagt: „In der Berechnung wird von Stundenkontingenten auf dem Papier ausgegangen, nicht von der tatsächlichen Belastung in den Schulen. Lehrkräfte arbeiten schon heute weit über das vorgesehene Maß hinaus. Teilzeit ist für viele der einzige Weg, den Beruf überhaupt noch gesund auszuüben. Zudem lässt sich oft nur so Betreuung oder Pflege mit dem Beruf vereinbaren. Wer den Beschäftigten das nehmen will, verschärft den Mangel, statt ihn zu lösen.“

Durch blanke Theorie Öl ins Feuer zu gießen, ohne eine Ahnung von der Praxis zu haben, wird keinen Mangel beseitigen, aber Vorurteile gegenüber dem Beruf weiter schüren.“

Der VBE fordert die Politik deshalb auf, statt an der Teilzeit zu rütteln, die strukturellen Ursachen der Überlastung anzugehen – mit besseren Arbeitsbedingungen, echter Entlastung und fairer Bezahlung.

Deutscher Philologenverband (DPhV)

Lin-Klitzing: „Wer Lehrkräfte schlecht ausbildet, schadet der Demokratie“

Angesichts dreier anstehender Landtagswahlen richten der Deutsche Philologenverband (DPhV) und 10 Fachverbände den Blick auf eine Voraussetzung gelingender Demokratiebildung, die in der öffentlichen Debatte bislang wenig Beachtung findet: die Qualität der Lehrkräftebildung.

Ob junge Menschen lernen können, Fakten von Meinungen zu unterscheiden, Quellen kritisch zu prüfen, mit Mehrdeutigkeit und Unsicherheit umzugehen sowie demokratische Verfahren zu verstehen, hängt maßgeblich von der fachlichen und fachdidaktischen Qualifikation ihrer Lehrkräfte ab. Dies ist eines der Kernergebnisse des vom DPhV organisierten Runden Tisches in diesem Jahr. Vor diesem Hintergrund warnen DPhV und zahlreiche Fachverbände vor der Aushöhlung der allem zugrundeliegenden Fachlichkeit, insbesondere bei der Qualifikation von Quer- und Seiteneinsteigern, sowie vor einer weiteren Verkürzung der zweiten Phase der Lehrkräftebildung.

DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing sagte am 3. September 2026: „Wer Lehrkräfte unzureichend ausbildet, schadet der Demokratie. Der kritische Umgang mit Fakten, Quellen und wissenschaftlichen Verfahren fällt nicht vom Himmel. Er muss professionell vermittelt werden. Deshalb braucht Demokratiebildung fachlich und fachdidaktisch hervorragend ausgebildete Lehrkräfte und keine weitere Verkürzung des Referendariats. Ein komprimiertes Referendariat führt zu einer massiven Verdich-

tung von eigenverantwortlichem Unterricht, Seminarverpflichtungen und Prüfungen. Statt Zeit für Reflexion, Hospitationen und individuelles Feedback zu haben, geraten angehende Lehrkräfte in eine Überlastungsschleife. Qualität entsteht nicht im Eilverfahren, sondern durch eine ausreichend lange und professionell begleitete Reifung der angehenden Lehrkräfte in ihrer realen Berufs- und Ernstfallsituation.“

Der DPhV und 10 Fachverbände betonen gemeinsam: Fachlichkeit in der Lehrkräftebildung ist die Grundlage für eine gelingende Demokratiebildung, die Querschnittsaufgabe für alle Fächer sein muss. Demokratische Resilienz entsteht zwar insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern wie z.B. Politik, Geschichte, Philosophie, Religion und Ethik – hier orientiert an den im Beutelsbacher Konsens verankerten Prinzipien des Überwältigungsverbots und Kontroversitätsgebots – ebenso wichtig ist aber die Orientierung an Evidenz und der Umgang mit Unsicherheit und Mehrdeutigkeit, die auszuhalten sind, gerade auch im Unterricht in den Naturwissenschaften, der Informatik, den Sprachen und Literaturen, im Sport und in den Künsten. So erhalten

junge Menschen einen fundierten, wissenschaftlich begründeten Blick auf die Welt und unsere Gesellschaft – getragen von Lehrkräften, die auf dem soliden Boden des Grundgesetzes und vertiefter Fachlichkeit stehen. Bereits 2024 hatte der DPhV die SWK-Stellungnahme zur Bedeutung des Fachunterrichts für die Demokratiebildung begrüßt und zugleich auf die Notwendigkeit eines durchgängigen, mit ausreichendem Stundenvolumen versehenen Fachunterrichts in allen Fächern hingewiesen – eine Position, die angesichts der aktuellen Entwicklungen an Aktualität nichts eingebüßt hat.

Diese Aufgabe gewinnt durch die anstehenden Landtagswahlen für alle Länder und auch für die Bildungsministerkonferenz zusätzliche Dringlichkeit. Da die Ausgestaltung der Schulpflicht, der Lehrpläne, der Aufgaben der Schulaufsicht und der Qualität der Lehrkräftebildung in die Zuständigkeit der Länder fällt, entscheiden die künftigen Landesregierungen unmittelbar über deren Qualität und Ausrichtung. Der DPhV und die Fachverbände sehen mit Sorge,

dass verfassungsfeindliche Parteien, sollten sie in Regierungsverantwortung kommen und Einfluss auf die Bildungspolitik gewinnen, die Lehrkräftebildung weiter schwächen, neue inhaltliche Schwerpunkte in Lehrplänen setzen und sogar die Schulbesuchspflicht umgestalten könnten.

Deshalb fordern der DPhV und die Fachverbände, die Fachlichkeit in allen Phasen der Lehrkräftebildung zu stärken, auf Kürzungen des Referendariats zu verzichten und die verbindliche Auseinandersetzung mit dem konkreten Inhalt des Grundgesetzes bereits in der ersten Phase der Lehrkräftebildung zu verankern. Wer über die Zukunft der Lehrkräftebildung entscheidet, entscheidet zugleich über die Bildungschancen einer ganzen Generation – und damit über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Eine fachlich fundierte, wissenschaftsbasierte Lehrkräftebildung ist deshalb keine bildungspolitische Nebensache, sondern eine zentrale Zukunftsinvestition, die es ernster zu nehmen gilt als bisher!

Namen und Nachrichten

Die Besoldung und Versorgung aller Beamtinnen und Beamten in Deutschland wird ausschließlich durch Gesetz geregelt – und muss entsprechend den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen regelmäßig angepasst werden. Dies erfolgt durch entspre-

chende Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetze des für den Rechtskreis zuständigen Gesetzgebers. Die vorläufigen Besoldungstabellen für **NRW** (ab 1. April 2026) und **Bremen** (ab 1. April 2026) stehen ab sofort auf www.dbb.de zur Verfügung.

Termine:

10. Dezember 2026
dbb Verkehrstag
(Weitere Informationen folgen)

11. Januar 2027
dbb Jahrestagung
(Weitere Informationen folgen)

12. - 13. April 2027
dbb Forum Personalvertretungsrecht
(Weitere Informationen folgen)